

SCHULDENREPORT 2021

Auf einen Blick

Die Corona-Pandemie hat die Schuldenkrise im Globalen Süden weiter verstärkt. Vor allem Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, die vorher schon wirtschaftlich instabil waren, sind von den Auswirkungen der Rezession betroffen. Ihre Schuldendienstfähigkeit ist stark geschwächt.

Verschuldung weltweit: 132 von 148 untersuchten Ländern im Globalen Süden sind kritisch verschuldet. Im Vergleich zum Schuldenreport 2020 sind damit acht Länder hinzugekommen.

- **Neu dabei** sind kleine Inselstaaten wie Fidschi und Trinidad & Tobago. Mit Chile, Thailand und den Philippinen sind jedoch auch drei größere Schwellenländer dabei.
- **21 Länder** befinden sich derzeit im teilweisen Zahlungsausfall. Infolge der von Corona ausgelösten Rezession stehen jedoch weitere Länder kurz vor der Staatspleite.
- **Das Schuldenmoratorium der G20 (DSSI)** und der Schuldenerlass des IWF (CCRT) haben zu Beginn der Pandemie dringend notwendige Haushaltsspielräume in den ärmsten Ländern geschaffen. Damit ist Zeit für die Vorbereitung umfassender Schuldenerlasse gewonnen.
- **Ein Schuldenmoratorium** ist jedoch nicht zur Überwindung von Überschuldung geeignet, weil es Zahlungsverpflichtungen lediglich in die Zukunft verschiebt.
- **Die Beschränkung des Moratoriums** auf die ärmsten Länder hat zudem dazu geführt, dass einerseits Erleichterungen Ländern angeboten wurden, die sie nicht wollen. Andererseits wurde einigen hochverschuldeten Ländern Unterstützung vorenthalten, die diese dringend brauchen.

Empfehlungen an die Bundesregierung

Das „Common Framework for Debt Treatments beyond the DSSI“ der G20 soll den Rahmen für echte Schuldenerlasse über das Moratorium hinaus bieten. Es enthält jedoch lediglich Absichtserklärungen und unverbindliche Appelle an multilaterale und private Gläubiger, sich zu beteiligen, und keine wirksamen Hebel, um diese Beteiligung nötigenfalls zu erzwingen. Damit die notwendigen echten Schuldenerlasse 2021 auch umgesetzt werden können, sollte die Bundesregierung folgende Maßnahmen ergreifen:

- Als einflussreiches EU-Mitglied sollte die Bundesregierung sich zusammen mit der italienischen G20-Präsidentschaft dafür einsetzen, dass die G20-Staaten **auch private Gläubiger zur Teilnahme an Schuldenerleichterungen verpflichten**. Darüber hinaus sollte sich die G20 für die Beteiligung der Weltbank und anderer multilateraler Gläubiger einsetzen.
- Die Bundesregierung sollte sich im Kreis der G20 dafür einsetzen, **weitere Beschlüsse zu Schuldenerleichterungen nicht ohne Konsultationen mit betroffenen Regierungen** zu fassen, um sicherzustellen, dass alle hochverschuldeten Länder eine Chance auf Schuldenerleichterungen erhalten. Die Bundesregierung sollte den Dialog darüber mit Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union oder der Karibischen Gemeinschaft CARICOM intensivieren und transparent führen.
- Die von der G7 erhobene Forderung, die Entlastung durch die DSSI und das *Common Framework* **allen Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzubieten**, sollte aufrechterhalten werden. Denn diese Staaten müssen souverän darüber entscheiden können, ob sie das angebotene Schuldenmoratorium oder weitergehende Maßnahmen annehmen.
- Die Bundesregierung sollte sich darüber hinaus angesichts der weiter wachsenden dramatischen Schuldenkrise vieler Länder **für ein faires und transparentes Staateninsolvenzverfahren für hochverschuldete Staaten** einsetzen.